

Deutsch-Chinesische Nachrichten

Deutsche Abendzeitung

德華日報
中華郵政特准掛號立券之報紙

Eingetragen als Zeitung
auf dem Chinesischen Postamt.

9. Jahrgang

Tientsin, Sonnabend/Sonntag, den 12./13. November 1938

Nr. 2493

Grossdeutschland

Das Judentum hat in Paris auf das deutsche Volk geschossen
Die deutsche Regierung wird darauf legal, aber hart antworten

Berlin, den 12. November (Transocean) Reichspropagandaminister Dr. Goebbels übt in einem längeren Artikel über die Hintergründe und Auswirkungen des Falles Grünspan eine scharfe Kritik an den tendenziösen und vielfach widerspruchsvollen Darstellungen in der deutschfeindlichen Auslandspresse über die jüngsten Vorgänge in Zusammenhang mit der Ermordung des Gesandtschaftsrats von Rath.

Das deutschfeindliche Ausland täte gut, so schreibt der Minister, das Judenproblem und seine Lösung in Deutschland den Deutschen selbst zu überlassen. Soweit es das Bedürfnis hat, für die deutschen Juden einzutreten und sich ihrer anzunehmen, stehen sie ihm in beliebiger Anzahl zur Verfügung.

Der in der Sonnabendausgabe des „Völkischen Beobachters“ erscheinende und auch der übrigen deutschen Presse zur Verfügung gestellte Artikel wirft nach einer kurzen Darstellung des Pariser Attentats die Frage auf, wo nun die Hintermänner des Attentats zu suchen sind. „Seit Wochen und Monaten wird in den grossen jüdischen Weltblättern,“ so heisst es in dem Artikel, „gegen Deutschland als Nation zum Kriege und gegen einzelne prominente Vertreter des nationalsozialistischen Deutschlands zum Mord gehetzt. Besonders hervorgeraten haben sich dabei die Juden Georg Bernhard und Emil Ludwig Cohn. In diesen Kreisen sind deshalb auch zweifellos die geistigen Inspiratoren des Attentats zu suchen.“ Die Gründe für den Mord lägen auf der Hand. Nachdem in München der jüdische Vernichtungsplan gegen Deutschland zum Scheitern gebracht worden war, habe der Mord am Legationssekretär von Rath ein Fanal für die gesamte Judenheit im Kampf gegen Deutschland sein sollen. Der Mörder habe selbst eingestanden, dass er das Warnungssignal geben wollte.

„Allerdings ist“, stellt Dr. Goebbels fest, „dieser Schuss nach hinten losgegangen. Gewarnt worden ist weniger die Welt, als das deutsche Volk“. Nach der Ermordung Wilhelm Gustloffs habe das deutsche Volk geschwiegen. Nach dem Tode von Raths sei es ganz spontan zu Vergeltungsaktionen gegen die Juden in Deutschland geschritten. Der eruptive Ausbruch der Empörung der Bevölkerung in der Nacht zum 10. November zeige nur, dass die Geduld des deutschen Volkes jetzt restlos erschöpft ist.

In der deutschfeindlichen grossen jüdischen Auslandspresse versuchte man aber, den Eindruck zu erwecken, als herrsche in Deutschland eine Art Bürgerkrieg. Man erkläre, die spontanen Reaktionen des deutschen Volkes seien durch organisierte Mannschaften durchgeführt worden. „Wie wenig Ahnung doch diese Zellschinder von Deutschland haben“, bemerkt der Minister dazu. „Wie erst hätten die Aktionen ausgesehen, wenn sie organisiert gewesen wären!“ Bei den Aktionen sei es zwar zu Demolierungen, aber nirgends zu Plünderungen gekommen.

Die deutschfeindliche Auslandspresse behaupte, es handle sich um rein kriminelle Vorgänge. Die gegen die Juden einschreitende Bevölkerung werde besonders von der jüdischen Presse Nordamerikas als Nazimob und Gangsterbanden bezeichnet. Dabei passiere diesen Zeitungen aber das Missgeschick, dass sie sich vorher nicht hinreichend verständigen und sich damit in offensichtliche Widersprüche verstricken. So schreibe ein Blatt von hundert bis zweihundert Kundgebern, ein anderes von zwanzigtausend bis dreissigtausend. Ein Blatt erkläre, die Volksmenge sehe passiv zu, ein anderes schreibe, man lese ihr Freude und Genugung von den Gesichtern ab.

Deutschland habe im Grunde gar nichts darauf zu antworten. Es habe sich um eine spontane, vom gesunden Instinkt eingegebene Reaktion auf den feigen Meuchelmord in Paris gehandelt, und die deutsche Staatsführung habe mit sofortigem Erfolg nichts unversucht gelassen, diese Reaktionen in kürzester Frist abzustellen.

Durch Aufbauschung der Vorgänge, durch Ver-

drehung und Lügen nützt die deutschfeindliche Auslandspresse weder sich noch den in Deutschland lebenden Juden.

„Es liegt am Verhalten der Juden in Deutschland und vor allem am Verhalten der Juden in der Welt“, so schliesst der Artikel von Dr. Goebbels, „welche Stellung die deutschen Juden im öffentlichen, privaten und geschäftlichen Leben einnehmen. Jedenfalls ist die deutsche Regierung entschlossen, im Lande für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Die Ruhe und Ordnung wird in dieser Frage bestens dadurch gewährleistet, dass man sie einer den Wünschen und Bedürfnissen des deutschen Volkes entsprechenden Lösung entgegenführt. Das deutsche Volk weiss bis zum letzten Mann, worum es in der Judenfrage geht. Es bedarf keiner Betonung, dass die Reaktionen im Publikum nach der Erklärung vom Donnerstag endgültig beendet sind. Keiner hat das Recht, weiterhin noch eigenmächtig zu handeln. Verordnungen, die diese Frage regeln, stehen zu erwarten. Das deutsche Volk kann beruhigt sein. Der Jude Grünspan war der Vertreter des Judentums, und der Deutsche von Rath war der Vertreter des Deutschen Volkes. Das Judentum hat also in Paris auf das deutsche Volk geschossen. Die deutsche Regierung wird darauf legal, aber hart antworten.“

Reichsgesetz betreffend Waffenverbot für Juden

Berlin, den 12. November (Transocean) Nachdem der Chef der Polizei, Reichsführer SS. Himmler, bereits am Donnerstag in einer polizeilichen Anordnung den Juden den Besitz von Waffen verboten hatte, hat jetzt Reichsinnenminister Dr. Frick ein dem entsprechendes Reichsgesetz erlassen.

Danach ist den Juden der Erwerb, Besitz und das Führen von Schusswaffen, Munition sowie von Hieb- und Stosswaffen verboten. Im Besitz befindliche Waffen sind sofort der Polizei abzuliefern. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis und Geldstrafen geahndet. In besonders schweren Fällen vorsätzlicher Zuwiderhandlung kann auch Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren verhängt werden. Bei ausländischen Juden können Ausnahmen zugelassen werden.

In Erwartung neuer Gesetze über die Rechtsstellung der Juden in Deutschland

Berlin, den 12. November (Transocean) Ueber den Umfang, die Richtung und den Inhalt der von Minister Dr. Goebbels am Donnerstag angekündigten, neuen Gesetze über die Rechtsstellung der Juden in Deutschland ist gegenwärtig noch nichts Positives zu erfahren. Tatsache ist, dass die zuständigen Stellen zur Zeit mit der Ausarbeitung der Gesetze befasst sind. Jedoch dürfte kaum für die nächsten Tage schon die Bekanntgabe der beschlossenen Massnahmen zu erwarten sein. Wie man in gutunter-

richteten Kreisen annimmt, dürfte durch die zu erwartende Regelung in erster Linie die Stellung der Juden im Wirtschaftsleben betroffen werden.

Darauf deutet auch der Artikel des „Angriffs“ hin, in dem mitgeteilt wird, dass die sogenannten Arisierungen, also Verkäufe jüdischer Geschäfte an Arier, zahlenmässig stark ansteigen. Diese Verkäufe finden unter der Aufsicht von Staats- und Parteistellen statt, die in jedem Falle prüfen, ob der Verkauf wünschenswert, oder ob die Ueberbesetzung des betreffenden Wirtschaftszweiges oder die schlechte wirtschaftliche Lage des jüdischen Geschäftes seine Liquidation erforderlich machen.

Auf den Strassen Berlins, die am Freitag längst wieder ein normales Bild gewonnen haben, nimmt niemand mehr von den der Volkswut zum Opfer gefallenen jüdischen Läden Kenntnis. Die Inhaber haben nicht nur die Schaufenster, sondern die gesamten Warenlager ausgeräumt und abtransportiert, was darauf deutet, dass kaum noch an eine Wiedereröffnung gedacht wird. Am Freitag sah man ausserdem zahlreiche Plakate vor ausgeleerten jüdischen Geschäften mit der Mitteilung, das Geschäft sei in Arisierung begriffen oder bereits an Arier verkauft.

Einer Unterhausdebatte über die Juden in Deutschland koennte eine Reichstagssitzung über die Palästinafrage folgen

Berlin, den 12. November (Sender) Die französische Zeitung „L'Oeuvre“ wies gestern in einem längeren Aufsatz auf die in manchen englischen Blättern erscheinende Meldung hin, dass die Oppositionsführer die Absicht haben, Ministerpräsident Chamberlain zu ersuchen, die Judenfrage in Deutschland im Unterhaus zu besprechen.

Zu diesen Verlautbarungen nahm gestern der Deutsche Dienst Stellung und schrieb u.a.:

„Wenn gewisse Oppositionskreise das Recht haben sollten, die Judenfrage in Deutschland in einer Sitzung des Unterhauses zu besprechen, so hätte Deutschland bestimmt ebenso viel Recht, im Deutschen Reichstag die Palästinafrage von England durchzuprechen. Wir sind aber gewiss, dass dann der Reichstag wochenlang dauern müsste, jeden einzelnen Fall in Palästina klarzulegen, denn die täglichen Häuser-sprengungen und Exekutionen bieten Stoff genug. Wir sind aber gewiss, dass die Debatte im englischen Unterhaus über die Judenfrage nur wenig Zeit in Anspruch nehmen wird. Das Gejammer über die zerschlagenen Fensterscheiben und verbrannten Synagogen wird bald im Sand versickern.“

Londoner Abendpresse zur Erklärung des Reichspropagandaministers

Berlin, den 12. November (Sender) In fast allen Londoner Abendblättern erschienen längere Artikel, die sich mit dem von Reichsminister Dr. Goebbels herausgegebenen Artikel beschäftigten. Hauptsächlich wurde auf die Sätze hingewiesen, mit denen Dr. Goebbels der Auslandspresse erklärte, dass die (Fortsetzung Seite 8)

Tschecho-Slowakei

Zur Präsidentenwahl in der Tschecho-Slowakei

Prag, den 12. November (Transocean) Obgleich die Verhandlungen zwischen den tschechischen Koalitionsparteien und der Slowakischen Volkspartei über die Aufstellung des Präsidentschaftskandidaten und die Regelungen zwischen dem tschechischen und slowakischen Teil der Republik bisher keine endgültige Uebereinstimmung ergeben haben, halten hiesige politische Stellen es für so gut wie gewiss, dass der Aussenminister Dr. Franz Chvalkovsky der einzige Kandidat für die Präsidentenwahl sein wird.

Eine spät am Freitag Nachmittag herausgegebene Nachricht gibt nur bekannt, dass die Vertreter ihre Stellungnahme dem Ministerpräsidenten General Syrový im Laufe des Abends nach Abschluss des jetzt gleichfalls zusammen getretenen Kabinettsrates klarlegen. Man erwartet, dass die Nationale Versammlung für die Präsidentenwahl in der nächsten Woche einberufen werden wird. Weiter wird es als wahrscheinlich angesehen,

dass im Kabinett einige Aenderungen stattfinden werden. Es bestehen Gerüchte, dass Erstminister General Syrový von seinem Posten zurückzutreten gedenkt.

Als wahrscheinlichster Kandidat für den Posten des Aussenministers, der bei einer Wahl Dr. Chvalkovskys zum Präsidenten frei würde, wird der Slowake Krno genannt, der damit der erste Slowake auf dem Posten des Aussenministers sein würde.

Das neue tschecho-slowakische Parlament

Prag, den 12. November (Transocean) Das Innenministerium gab am Freitag bezüglich der Aenderungen in der Zusammenstellung des tschecho-slowakischen Parlaments, die durch die Abgabe tschecho-slowakischer Gebiete an Deutschland, Ungarn und Polen nötig wurden, eine Bekanntmachung heraus, nach der 69 Abgeordnete und 33 Senatoren ihre Mandate verlieren, sodass das Rumpiparlament, das den neuen Präsidenten wählen wird, sich aus 231 Vertretern und 117 Senatoren zusammensetzen wird.